Für den Frieden ist es auch heute nicht zu spät

Auszüge aus der Rede, die Asher Ben Natan nicht halten konnte

Die freie, auf ihre weltoffene Liberalität stolze Hansestadt Hamburg erlebte in diesen Tagen einen beschämenden Vorgang. Der Terror einer kleinen radikalen Radaugruppe machte es im Auditorium maximum dem israelischen Botschafter Asher Ben Natan unmöglich, seine Meinung zu sagen und sich offener Diskussion zu stellen, die jede kritische Frage und sachliche Auseinandersetzung zuließ. Der freien demokratischen Meinungsäußerung verpflichtet, veröffentlichen wir im folgenden die wesentlichen Teile der Rede, die vorzutragen linksfaschistische totalitäre Intoleranz dem Botschafter verwehrte.

Der arabisch-israelische Konflikt ist ein Konflikt besonderer Art. Er unterscheidet sich grundsätzlich von allen anderen internationalen Konflikten, die heute die Welt in Spannung halten. Wir kennen Konflikte aus weltanschaulichen Gründen, Grenzkonflikte und Konfliktherde, die aus den verschiedenartigsten Quellen gespeist werden. Aber in unserem Falle handelt es sich um den einzigartigen Fall, wo eine Staaten- und Völkergruppe einem anderen Staat das Lebensrecht abspricht.

Wäre es anders gewesen, dann wären im Jahre 1948 gemäß dem Beschlusse der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 29. November 1947 auf dem Gebiete des früheren Palästina zwei Staaten entstanden, ein jüdischer und ein arabischer, die durch ihre friedliche Kooperation, durch ein natürliches und aussichtsreiches Nebeneinanderleben und Miteinanderleben wahrscheinlich eine ganz andere Entwicklung des Nahen Ostens herbeigeführt hätten.

Da die Araber den Beschluß der Vereinten Nationen nicht akzeptierten, entstand ein Dauerkonflikt. Es handelt sich keineswegs um einen „unlösbaren Konflikt". Er ist allerdings nur in dem Augenblick lösbar, in dem die arabischen Staaten sich zu einer Anerkennung der Existenz des Staates Israel entschließen werden. Von unserer Seite streben wir nicht nur ein normales Nebeneinander, sondern eine echte und umfassende Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten auf allen Gebieten an.

Deshalb sagen wir: Eine Lösung des Nahost-Konfliktes ist nur möglich, wenn sich die betroffenen Partner über diesen Konflikt direkt aussprechen, d. h. wenn Verhandlungen zwischen den arabischen Staaten und Israel stattfinden über alle Probleme, die heute noch ungelöst zwischen uns liegen: über die Grenzen, die Flüchtlinge, die Benutzung der Wasserwege etc. Nur als Ergebnis solcher Verhandlungen kann ein Abkommen zwischen Israel und den arabischen Staaten resultieren, das beide binden würde. Nur dies ist der Weg, um im Nahen Osten endlich zu einem Frieden zu gelangen.

Wir wollen verhandeln ...

Wir bestehen auch auf diese direkten Verhandlungen, weil wir glauben, daß nur so das Eis gebrochen werden kann, daß nur auf diesem Wege jene politische und psychologische Atmosphäre im Nahen Osten zu erreichen ist, die allein die Chance bietet, zu einem richtigen und wahren Frieden mit offenen Grenzen und gemeinschaftlicher Zusammenarbeit auf weite Sicht zu gelangen.

Das Paradoxe an unserer Situation besteht darin, daß ein Staat, der einen Krieg gewonnen hat, den er gar nicht gewollt hat, in den er hineingezwungen wurde, den Besiegten sagt: „Kommt an den Verhandlungstisch, wir wollen mit euch über alle uns trennenden Probleme verhandeln, wir versuchen, sie zu lösen, wir wollen versuchen, sie zu lösen, sie ein für allemal aus der Welt zu schaffen."

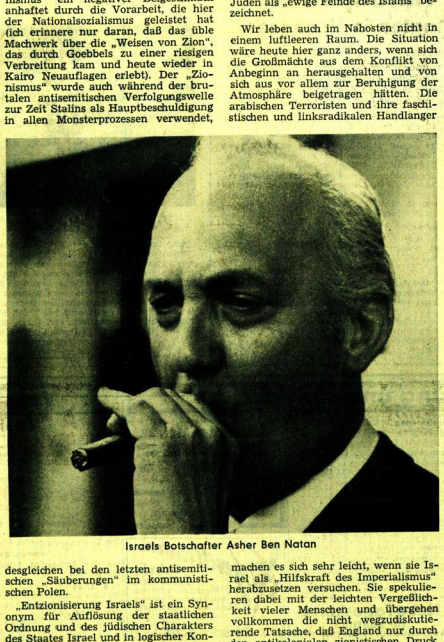
Während die, die den Krieg systematisch angesteuert und schließlich auch ausgelöst haben — nachdem sie bereits zweimal vorher in der gleichen Weise gehandelt und Schiffbruch erlitten hatten —, darauf schroff antworten: „Nein, wir kommen zu keinen Verhandlungen. Wir wollen zunächst die Wiederherstellung der Situation, die es vor Ausbruch des Krieges gab', d. h. eine in ihren Augen günstigen Ausgangsposition für einen vierten Krieg mit dem Ziel der Vernichtung und Auslöschung Israels.

Bald nach Kriegsende im August 1957 trat eine Reihe arabischer Staaten in Khartum zusammen, um die künftige Taktik gegenüber Israel zu bestimmen. Sie haben dafür eine einfache, aber auch eindeutige Formel gefunden: „Keine Verhandlungen mit Israel, keine Anerkennung Israels, kein Frieden mit Israel.' Das Sonderbare ist, daß die Khartum-Staaten vielfach noch als die gemäßigten gelten, weil selbst diese aggressive Formel andere, wie Syrien, Irak und Algerien, die nicht an der Konferenz teilnahmen, nicht befriedigte. Sie treten offen für eine Fortsetzung des Krieges ein und haben darum auch nicht die Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 22. November 1967 angenommen, die sich um eine Friedensfindung bemüht; sie haben auch die Mission des Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen, Gunnar Jarring, zur Anbahnung der direkten Verhandlungen den Schritte für die Verwirklichung jener Resolution boykottiert.

Die arabischen Terror-Organisationen wiederum gehen noch einen Schritt weiter und versuchen, die Klischees des Vietnam-Krieges auf den Nahen Osten zu übertragen und die Ideologie eines erbarmungslosen und hemmungslosen „Volkskrieges" durch permanente Unruhestiftung und blindes, besonders im zivilen Sektor konzentriertes Blutvergießen in die Praxis zu übersetzen.

Da es in unserer heutigen Welt nicht mehr salonfähig ist, die Parolen „Völkermord" und „Antisemitismus" (der ja, wie wir nur zu gut wissen, konsequent in Völkermord mündete) offen zu verkünden und auf eine Fahne zu schreiben, haben die Fatah-Terroristen zu einer Umschreibung Zuflucht genommen, und dabei ist ihnen ein Teil der sogenannten „Neuen Linken" — aber mit großem Gusto auch die „faschistische Rechte" — auf den Leim gegangen. Sie verlangen nicht mehr und nicht weniger als die „Entzionisierung" Israels.

Sie verlassen sich dabei darauf, daß bei Uniformierten dem Begriffe „Zionismus" ein negativer Beigeschmack anhaftet durch die Vorarbeit, die hier der Nationalsozialismus geleistet hat (ich erinnere nur daran, daß das üble Machwerk über die „Weisen von Zion", das durch Goebbels zu einer riesigen Verbreitung kam und heute wieder in Kairo Neuauflagen erlebt). Der „Zionismus" wurde auch während der brutalen antisemitischen Verfolgungswelle zur Zeit Stalins als Hauptbeschuldigung in allen Monsterprozessen verwendet, desgleichen bei den letzten antisemitischen „Säuberungen" im kommunistischen Polen.



Israels Botschafter Asher Ben Natan

„Entzionisierung Israels" ist ein Synonym für Auflösung der staatlichen Ordnung und des jüdischen Charakters des Staates Israel und in logischer Konsequenz die Vorbereitung für einen neuen und ungeheuerlichen Völkermord im Nahen Osten.

Dabei strebt der Zionismus nichts anderes als die Normalisierung der Beziehungen zwischen dem jüdischen Volk und den anderen Völkern an, deren Hauptvoraussetzung die Schaffung eines souveränen und unabhängigen nationalen Zentrums für dieses Volk darstellt — eines Zentrums, wie es in unserer heutigen Welt keinem anderen Volke mehr vorenthalten wird. Die Araber, die vor Beginn des ersten Weltkrieges über keinen einzigen unabhängigen Staat verfügten, haben heute 14 souveräne staatliche Gebilde mit großen und entwicklungsfähigen Räumen, unerhörten Ölvorkommen und Wasserschätzen und allen Chancen, diese Riesengebiete zu entwickeln und ihre Völker auf eine höhere Entwicklungsstufe zu führen.

Die Geschichte der Entstehung und Entwicklung des Staates Israel ist unlösbar mit dem zionistischen Gedanken verbunden. Aus ihm schöpften die Pioniere die Kräfte, die es ihnen ermöglichten, in einem sumpfigen, kahlen und öden Gebiet, das zu über 50 Prozent aus Wüste besteht, jene Leistungen hervorzuzaubern, die die Anerkennung jedes an Kultur Interessierten erwecken muß. Die arabische Tragödie besteht darin, daß sie schon seit Jahrzehnten die Kraft unterschätzte, die die Erbauer des Staates Israel aus dem zionistischen Gedankengut schöpften.

Bürgerrechte verweigert

Die Araber waren entschlossen, den Staat Israel gleich bei seiner Entstehung zu zerstören. Zur Vorbereitung wiesen sie die arabische Bevölkerung in den vorbestimmten Kriegsgebieten an, vorübergehend das Land zu verlassen, um nach Beendigung des Krieges — der natürlich nach der arabischen Phantasievorstellung ein kurzer, siegreicher und alles Jüdische vernichtender Krieg sein sollte — zurückzukehren und auch noch das Hab und Gut der vernichteten jüdischen Bevölkerung als Beute zu übernehmen.

So kam es, daß die übergroße Mehrheit der 600 000 arabischen Flüchtlinge bereits Monate vor der Errichtung des Staates Israel ihre Heime verließen. Ihre Zahl ist im Verlaufe von zwei Jahrzehnten durch die natürliche Vermehrung wesentlich angestiegen.

In den ersten Jahren nach der Errichtung des Staates Israel kamen aus den arabischen Ländern 600 000 jüdische Flüchtlinge nach Israel. Sie wurden jedoch, im krassen Gegensatz zu den Arabern, in Israel integriert. Die arabischen Staaten jedoch unternahmen nichts, um den Flüchtlingen, für die sie die Verantwortung trugen, zu helfen, um sie in den großen arabischen Räumen, die nach Entwicklung und darum nach Arbeitskräften verlangen, zu integrieren. In einigen Staaten verweigerte man ihnen sogar die vollen Bürgerrechte und zwang sie durch über zwei Jahrzehnte hindurch, in Lagern zu leben, um durch ihr Vorhandensein den Konfliktherd mit Israel warmzuhalten.

Blinder Haß gegen Israel

In diesen Lagern sind junge Generationen herangewachsen, die in einem blinden Haß gegen Israel erzogen werden. Ein Beispiel für viele: In einem Lehrbuch, das an den Schulen in den jordanischen Flüchtlingslagern Verwendung findet, wird den Schülern das folgende Aufsatzthema gestellt: „Israel wurde geboren, um zu sterben. Beweise es". Die UNESCO forderte Ägypten, Jordanien und Syrien in diesem Jahre auf, 58 Lehrbücher für die Schüler der arabischen Flüchtlingslager abzuändern, da ihr Inhalt antisemitisch und verhetzend wirkt. Auch in den religiösen Lehrbüchern in den Lagerschulen werden die Juden als „ewige Feinde des Islams" bezeichnet.

Wir leben auch im Nahosten nicht in einem luftleeren Raum. Die Situation wäre heute hier ganz anders, wenn sich die Großmächte aus dem Konflikt von Anbeginn an herausgehalten und von sich aus vor allem zur Beruhigung der Atmosphäre beigetragen hätten. Die arabischen Terroristen und ihre faschistischen und linksradikalen Handlanger machen es sich sehr leicht, wenn sie Israel als „Hilfskraft des Imperialismus" herabzusetzen versuchen. Sie spekulieren dabei mit der leichten Vergeßlichkeit vieler Menschen und übergehen vollkommen die nicht wegzudiskutierende Tatsache, daß England nur durch den antikolonialen zionistischen Druck zum Verlassen Palästinas gezwungen werden konnte.

Der ehemalige britische Außenminister Ernest Bevin erklärte im Jahre 1948, die Errichtung eines jüdischen Staates sei darum so gefährlich, weil seine jüdische Gesellschaft fast auf kommunistischer Grundlage aufgebaut sei, und darum die natürlichen gesellschaftlichen Strukturen in der feudal organisierten arabischen Welt beunruhige und in Frage stelle! Auch in den USA waren starke Kräfte am Werk, um noch im letzten Moment die Errichtung des Staates Israel zu verhindern. Die USA und Sowjetrußland waren zwar unter den ersten, die den Staat Israel anerkannten; aber Waffen zur Bewaffnung der jungen israelischen Streitkräfte im Kampfe gegen die arabischen Invasionsarmeen lieferte nur die Tschechoslowakei. Und während zweier Jahrzehnte war Israel in Zeiten der Gefahr immer allein auf sich angewiesen.

Für den Frieden ist es auch heute nicht zu spät. Wir sind bereit, über alles und wo immer in der Welt mit den Arabern zu sprechen und zu verhandeln — nur über eines nicht: über die Existenzberechtigung des Staates Israel. Israel ist, so glaube ich, der einzige unter den 124 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, der den gleichen Namen trägt, die gleiche Sprache spricht, den gleichen Glauben hat und das gleiche Land umfaßt wie vor 3000 Jahren. Israel ist kein Fremdkörper im Nahen Osten! Wir wollen aber keine provisorischen Ersatzlösungen, keine provisorischen Grenzen mehr, denn sie waren immer wieder die Quelle für neue Komplikationen und kriegerische Auseinandersetzungen.

Auch im Nahen Osten gibt es, wie überall auf der Welt, nur einen verläßlichen Weg zum Frieden: direkte Verhandlungen der direkt Beteiligten — Verhandlungen, an deren Beginn zumindest der gute Wille für eine Beendigung der Feindseligkeiten vorhanden sein muß und die ihre Krönung in einen umfassenden und verbindlichen Friedensvertrag, mit vereinbarten, sicheren Friedensgrenzen finden sollen. Der Schlüssel dazu liegt bei den Arabern. Wenn sie endlich erkennen, daß nicht Israel ihr Unglück ist, sondern die Unterentwicklung ihrer Länder und Völker, dann wird es endlich auch Frieden und eine verheißungsvolle friedliche Entwicklung im Nahosten geben.

Hamburger Abendblatt

Verlag, Redaktion: 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6, Geschäftsstellen: 2000 Hbg. 36, Gänsemarkt 53, u. 2 Hbg. 1, Mönckebergstr. 5, Telegr.: Abendblatt, Fernschreiber-Sammel-Nr. 02-11 896. Berliner Redaktion: Kochstr. 50, Tel. 1911475, Bonner Red.: An der Heuss-allee 2—10, Haus VII, Tel. 22 61 81. Frankfurter Red.: Frankenallee 71/81, Tel. 238434, Verlag u. Druck: Axel Springer & Sohn, Hamburg. Erscheint 6mal wöchentlich werktags. Inlandpreise: Frei Haus monatlich 6,20 DM (einschl. 32,5 Pf Mehrwertsteuer und 1,50 DM Zustellkosten). Selbstabholung 5,30 DM (einschl. 27,6 Pf Mehrwertsteuer). Postbezug 6,50 DM (einschl. 33,9 Pf Mehrwertsteuer und 2,57 DM Postvertriebsgebühren). Das Bezugsgeld ist zu Beginn des Lieferzeitraums zahlbar. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder bei höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Anzeigenpreisliste Nr. 24. — Postscheckkonto: Vertrieb u. Abonn. Hamburg 3264, Anz. Hamburg 142 00.

Telefon 34 91 91

Für den Schweizer Maler A. R. Thur hat die Zukunft schon begonnen: Er malte Georges Pompidou in Siegerpose

Sehr viele werden nicht wählen

Pompidou würde Minderheits-Präsident

Eigener Bericht

ve. **Paris**, 14. Juni

Voraussichtliche Stimmenthaltungen 35%. Das ist die Schlüsselzahl in der letzten Stichprobe der öffentlichen Meinung vor der französischen Präsidentschaftswahl am morgigen Sonntag. Diese Zahl, wenn sie sich bewahrheitet, bedeutet

1. den absoluten französischen Rekord an Stimmenthaltungen. Nur beim Verfassungsreferendum von 1946 gab es mehr als 30% Enthaltungen.

2. Alain Poher, dessen Chancen Freitag bei 44% standen, hätte keine Möglichkeit, doch noch zu siegen.

3. Georges Pompidou wäre dann von der Mehrheit der Wähler, aber von einer Minderheit des Volkes, zum Präsidenten gemacht worden.

Genau das will die KPF (Kommunisten). Sie hat die „aktive Stimmenthaltung" befohlen. „Wir schicken unsere Anhänger Sonntag nicht zum Angeln, sondern in die Wahllokale", verkündete Jacques Duclos, der am 1. Juni knapp hinter Poher plazierte kommunistische Präsidentschaftskandidat. „Unsere Augen werden überall sein."

Kein Gesetz verbietet einem Bürger, auch als Nichtwähler ein Wahllokal zu betreten. Die Kommunisten werden also aufpassen, wer der Parteidirektive zuwiderhandelt.

In kommunistisch regierten Gemeinden kann das zu einer Art Wahlterror führen. Das Wahlgeheimnis wird praktisch auch dadurch aufgehoben, daß laut Gesetz die Wählerlisten noch acht Tage nach der Wahl zur öffentlichen Einsicht ausliegen und die KP auch auf diese Weise prüfen kann, wer gewählt hat und wer nicht.

Den Kommunisten ist natürlich klar, daß diese Wahlüberwachung auch die gegenteilige Wirkung haben kann, und daß manchen Unentschiedenen zur Wahl gehen wird, um etwa von seinem Pfarrer nicht für einen Kommunisten gehalten zu werden. Die Rechnung der KPF lautet so:

Am 1. Juni haben fast 22% nicht gewählt. Wenn es morgen 35% sind, dann ist der Beweis erbracht, daß es in Frankreich 13 % unentschiedene Kommunisten gibt, die zwar nicht verhindert haben, daß Pompidou gewählt wurde, die ihn aber zum „Ministerpräsidenten" einer Minderheit der Gesamtbevölkerung gemacht haben. Pompidou stört das nicht übermäßig. Schließlich wird auch der Präsident der Vereinigten Staaten stets nur mit einer Wahlbeteiligung von 60 bis 65% gewählt.

Die Freitag veröffentlichte Meinungsumfrage gibt Pompidou 56% der Stimmen. Sie wurde durchgeführt (11. Juni), bevor Antoine Pinay, einer der geachtetsten älteren Politiker Frankreichs, öffentlich für Pompidou eintrat. Man kann daher vermuten, daß das Ergebnis für Pompidou noch besser ausfallen wird.

Jagdbomber aus sieben Nationen im Wettstreit

2. ATAF gewann „Broadhurst Trophy"

Eigener Bericht

f. h. **Nörvenich**, 14. Juni

Gemeinsam mit ihren britischen, niederländischen und belgischen Kameraden gewann eine deutsche Staffel den „Taktischen Wettbewerb" zwischen der 2. und 4. Alliierten Taktischen Luftstreitflotte (ATAF) im simulierten Atom-Angriff und im konventionellen Angriff. Mit der Verleihung der Siegespreise endete gestern auf dem Flugplatz Nörvenich des Jagdbomber-Geschwaders 31 „Boelcke" den 14tätige Wettstreit, bei dem auf der Seite der „Gegner" amerikanische, kanadische und ebenfalls deutsche Staffeln standen.

Es war das achte Treffen der beiden ATAF, die dem Kommando der Alliierten Streitkräfte in Mitteleuropa unterstellt sind. Fünfmal gewann bis jetzt die 4. ATAF, zweimal die 2. ATAF. Das diesjährige Treffen konnte die 2. ATAF mit 3540 zu 3458 Punkten für sich entscheiden. Sie gewann damit die „Broadhurst Trophy", die 1962 gestiftet wurde.

Aus diesem Erfolg war die Mannschaft des Leichten Kampfgeschwaders 43 (Oldenburg) unter Staffelkapitän Major Krautkremer besonders beteiligt. Die sechs teilnehmenden Flugzeugführer erzielten nicht nur einen hohen Anteil an der Gesamtpunktzahl, sondern gewannen auch noch zwei Einzelwettbewerbe. Hauptfeldwebel Jürgen Kammann (31) wurde Bester im konventionellen Angriffsverfahren, das sich aus einem Navigationsauftrag, Raketenschießen, Bombenwerfen und Schießen mit Bordkanonen zusammensetzt. Sein Staffelkamerad Hauptmann Jürgen Joost (31) wurde Einzelsieger im Bombenwerfen.

Für die 4. ATAF konnte Stabsfeldwebel Karl-Heinz Donath (34) vom Jagdbomber-Geschwader 33 (Büchel) zwei Einzelwettbewerbe gewinnen. Dreigingen an amerikanische Piloten, während ein Wettbewerb an einen französischen Flieger fiel. Die französischen Flieger nehmen seit dem Austritt Frankreichs aus der NATO „nur" als Gäste teil.

Hauptmann Jürgen Joost bei der Vorbereitung seines Flugauftrages. Er gehört zu der erfolgreichen Oldenburger Staffel.

Straßenschlacht in Göttingen

Deutsche Presse-Agentur

Göttingen, 14. Juni

Die schwersten Zusammenstöße zwischen Polizei und Studenten, die die Universitätsstadt Göttingen bisher erlebt hat, gab es am Freitag vor und nach einer Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in der Göttinger Stadthalle.

Vor Beginn der Veranstaltung mußten Polizeibeamte mit Gummiknüppeln den Bundespräsidenten und seiner Frau sowie zahlreichen Ehrengästen einen Weg durch die Demonstranten bahnen. Auch nach der Veranstaltung waren zahlreiche Polizisten und etwa 2000 Studenten in ein wildes Handgemenge verwickelt, bei dem es Verletzte gab. Die Kraftwagen des Bundespräsidenten und seiner Begleitung waren minutenlang einem Trommelfeuer mit Eiern und Farbbeuteln ausgesetzt. Die Proteste richteten sich gegen die Hochschulpolitik.

Hannover lebt unterm roten Punkt

Teilerfolg der Demonstranten: Überprüfung der Nahverkehrs-Tarife zugesagt

Eigener Bericht

R. St. **Hannover**, 14. Juni

Die Demonstranten, die seit Tagen in Hannover gegen die Tariferhöhung bei den öffentlichen Nahverkehrsbetrieben „ÜSTRA" protestieren und die Stillegung der Straßenbahn- und Busverkehrs erzwangen, können einen ersten Teilerfolg verbuchen: Der Verwaltungsausschuß der Stadt hat auf einer Sondersitzung eine Überprüfung der ÜSTRA-Tarife mit dem Ziel einer sozial gerechteren Tarifgestaltung zugesagt.

In einer von der Stadt, den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, sowie der Industrie- und Handelskammer unterzeichneten Erklärung, wird die Möglichkeit angekündigt, daß eine Reihe der zum ersten Juni um 12 bis 30 Prozent erhöhten Tarife wieder gesenkt wird. An die Bürger Hannovers erging die Aufforderung, von weiteren Behinderungen des Nahverkehrs abzusehen. Die ÜSTRA hofft, den Betrieb am Montag wieder aufnehmen zu können, allerdings zunächst zu den erhöhten Tarifen.

Die ursprüngliche Absicht, nicht nachzugeben und hart gegen die Demonstranten vorzugehen, ist an den offenen Sympathien gescheitert, die die überwiegende Mehrzahl der Bürger den Demonstranten entgegenbringt. In einer spontanen Selbsthilfeaktion, die wie eine Solidaritätserklärung für die Demonstranten wirkt, sorgen Hannovers Autofahrer dafür, daß der Verkehr nicht zum Erliegen kommt. Mittlerweile trägt fast jeder zweite Wagen des Zeichen der Aktion, den roten Punkt auf weißem Feld. Jedes Auto, das dieses Zeichen führt, hält auf einen Wink an und nimmt Fahrgäste mit. Auch an Motorrädern, Gastwirtschaften und Schaufenstern kehrt das Zeichen. Hannover lebt unter dem roten Punkt.

Im Rahmen der Aktion fehlt es auch nicht an Kuriositäten. So hat ein Fuhrunternehmer Munke eine Pferdeduslinie vom Stadtrand bis ins Zentrum eingerichtet. Auch an den acht Vorortbahnhöfen der Bundesbahn klebt der rote Punkt. Die Hannoveraner haben die fast schon vergessenen Bahnhöfe neu entdeckt und festgestellt, daß man von ihnen billiger als mit der Straßenbahn ins Zentrum fahren kann. Die Stadtverwaltung hat alles, was sie an Fahrzeugen besitzt, zu öffentlichen Verkehrsmitteln erklärt. Selbst Innenminister Lehners steckte sich einen roten Punkt an seinen Dienstwagen.

Die solidarisierende und mäßigende Wirkung der Selbsthilfeaktion ist kaum zu überschätzen. Die Demonstranten, die bei Tag und Nacht die wichtigsten Weichen der Straßenbahn in der Innenstadt bewachen, werden von der Einwohnerschaft, von Gaststätten und Markthallenständen aus gratis mit Lebensmitteln und Getränken versorgt. Als ein Radikalist am Verwaltungsgebäude der ÜSTRA Scheiben einzuwerfen begann, bahnten ihn Demonstranten fest, um ihn der Polizei zu übergeben. Gruppen von Demonstranten sammelten dann gleich unter den Straßenpassanten Geld, um der bekämpften ÜSTRA die zerschlagenen Scheiben zu bezahlen.

Die Hauptleidtragenden an den Demonstrationen sind die Geschäftsleute in der Innenstadt. Die Einnahmen der Kaufhäuser sollen, seitdem der Straßenbahnverkehr zum Erliegen gekommen ist, um mehr als die Hälfte zurückgegangen sein.

CSU attackiert Sozialdemokraten

Auftakt zum Parteitag

Eigener Bericht

M. K. **München**, 14. Juni

Angriffe gegen die SPD, eine Vertrauenserklärung für Bundeskanzler Kiesinger und die ausdrückliche Distanzierung von der rechtsextremen NPD standen im Mittelpunkt des Auftaktes zum CSU-Parteitag in München.

Vor den rund 600 Delegierten der bayerischen Unionspartei griff der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Stücklen, den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt an, weil er von einer neuen Harzburger Front zwischen CSU und NPD gesprochen habe. Stücklen bezeichnete diese Bemerkung als „diffamierend". Er fügte hinzu: „Es gibt keine Verbindung von der CSU zur NPD und es wird sie nicht geben."

In der Wahlrechtsfrage warf Stücklen der SPD vor, sie habe sich nicht an die Vereinbarung der Großen Koalition gehalten. Der SPD habe der Mut gefehlt, die Wähler zu einer klaren Entscheidung aufzurufen. „Hier wurden staatspolitische Erfordernisse parteitaktischen Überlegungen geopfert", rief er aus.

Falls das Verfahren einer rechtsradikalen Partei erwogen werde, müsse auch an ein Verbot linksextremer Parteien, „insbesondere des anarchistischen SDS", gedacht werden.

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe bekräftigte in seinem Grundsatzreferat, daß seine Partei geschlossen zur CDU und zu Bundeskanzler Kiesinger stehe. Er sagte: „Kiesinger hatte von Anfang an unser Vertrauen. Er hat es heute, und er kann sich darauf verlassen."

Der CSU-Vorsitzende Strauß erklärte während einer Pressekonferenz, er wolle während des bevorstehenden Wahlkampfes mindestens einmal in Hamburg sprechen. Er habe niemals solch warmherzige Reaktionen in der Hansestadt erlebt wie 1965, als er auf einer Wahlversammlung für den CDU-Fraktionschef Barzel eingesprungen sei.